

1) Relativ hohe Zufriedenheit mit Energiepreisbremsen, trotzdem hoher finanzieller Druck auf viele Erwerbspersonen

Hans-Böckler-Stiftung

Neue Befragungsergebnisse relativ hohe Zufriedenheit mit Energiepreisbremsen und 49 Euro-Ticket, trotzdem hoher finanzieller Druck auf viele Erwerbspersonen Knapp zehn Monate nach Beginn des Kriegs in der Ukraine sind die finanziellen Belastungen, die Erwerbstätige und Arbeitsuchende in Deutschland verzeichnen, höher als zu jedem Zeitpunkt während der Corona-Pandemie. Das zeigt die neueste Welle der Erwerbspersonenbefragung, die die Hans-Böckler-Stiftung seit Frühjahr 2020 durchführt.

Link: <https://idw-online.de/de/news806888>

2) Lieferkettengesetz: Studie gibt Überblick zu Aufgaben und Beteiligungsmöglichkeiten für Mitbestimmungsakteure

Hans-Böckler-Stiftung

Gutachten für das Hugo-Sinzheimer-Institut Lieferkettengesetz: Studie gibt Überblick zu Aufgaben und Beteiligungsmöglichkeiten für Mitbestimmungsakteure Ab dem 1. Januar 2023 gilt für große Unternehmen das Lieferkettengesetz. Es enthält neue Sorgfaltspflichten zur Einhaltung von umweltbezogenen, aber auch von arbeitsbezogenen Menschenrechts-Standards in Lieferketten.

Link: <https://idw-online.de/de/news806738>

3) Einwanderung von Arbeitskräften: Einstellungszusage und anerkannte Abschlüsse erhöhen die Akzeptanz in der Bevölkerung

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit (IAB)

Die Akzeptanz für die Einwanderung von Arbeitskräften aus Nicht-EU-Staaten ist in der deutschen Erwerbsbevölkerung höher, wenn Migrantinnen und Migranten eine Einstellungszusage oder einen anerkannten Universitäts- oder Berufsabschluss vorweisen können. Auch Deutschkenntnisse und mehrjährige Berufserfahrung, insbesondere in der IT, tragen zur Akzeptanz bei. Das geht aus einer Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) hervor, die am Dienstag veröffentlicht wurde.

Link: <https://idw-online.de/de/news806898>

4) IAB-BiB/FReDA-BAMF-SOEP-Studie: Ukrainische Geflüchtete bringen gute Voraussetzungen für Teilhabe in Deutschland mit

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Seit dem 24. Februar 2022 sind mehr als eine Million Ukrainerinnen und Ukrainer nach Deutschland geflohen. Die Voraussetzungen für ihre Teilhabe an der deutschen Gesellschaft sind gut – das ist ein zentrales Ergebnis des Forschungsprojekts „Geflüchtete aus der Ukraine in Deutschland“. In einem Kurzbericht legen das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB), das Forschungszentrum des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF-FZ) und das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) erste repräsentative Erkenntnisse einer umfassenden Befragung dieser Geflüchteten-Gruppe vor.

Link: <https://idw-online.de/de/news806683>

5) Duale Ausbildung in Zahlen: Datentool von kompetenz zeigt Entwicklungen auf

Kompetenzzentrum Technik-Diversity-Chancengleichheit e. V.

Fachkräftemangel und sinkende Ausbildungsneigung sind seit Jahren ein Dauerthema. Junge Menschen entscheiden sich immer seltener für eine duale Ausbildung, auch wenn die Berufs- und Karriereaussichten in vielen Bereichen sehr gut sind. Wer die konkreten Zahlen hinter diesen Aussagen kennen möchte, kann diese im Datentool des Kompetenzzentrums Technik-Diversity-Chancengleichheit e. V. (kompetenz) einfach und unkompliziert abrufen. Der Mehrwert: Die Zahlen zeigen auch Trends auf, und sie bieten Anknüpfungspunkte, um den aktuellen Entwicklungen zu begegnen.

Link: <https://idw-online.de/de/news806682>

6) Handreichung zur erfolgreichen Ausbildung von Auszubildenden mit Fluchterfahrung

Universität Vechta

Die Anzahl der nach Deutschland geflüchteten und zugewanderten Menschen stieg im Jahr 2015 rasant an. Kriege und Krisen tun heute ihr Übriges dazu. Viele der Schutzsuchenden wollen zurück in ihre Heimat. Doch etliche Menschen würden gern in Deutschland bleiben und sind auf der Suche nach Arbeit. Angesichts des oftmals beklagten Fachkräftemangels liegt hierin eine große Chance sowohl für die Geflüchteten, als auch für die Unternehmen, die neue Arbeitskräfte gewinnen und ausbilden möchten. Als Unterstützung haben Prof.in Dr.in Margit Stein und Kirsten Rusert von der Universität Vechta nun eine „Handreichung zur erfolgreichen Ausbildung von Auszubildenden mit Fluchterfahrung“ herausgegeben.

Link: <https://idw-online.de/de/news806514>

7) New Work: Verhandlungs-Performance sinkt im Home-Office

Universität Hohenheim

Studie der Universitäten Hohenheim und Potsdam beleuchtet Vor- & Nachteile beim Verhandeln aus dem Home-Office. Letztere ließen sich verringern, so das Forschungsteam.
Link: <https://idw-online.de/de/news806409>

8) Interview zu Weiterbildungsbedarf in Unternehmen

Wilhelm Büchner Hochschule

Die Welt befindet sich in stetigem Wandel und stellt Unternehmen vor enorme Herausforderungen. Welche Möglichkeiten gibt es, dem Wandel angemessen zu begegnen und Schritt zu halten? Wir haben mit Marcus Knöbel gesprochen. Er ist Executive Vice President im Bereich „Business Unit Advanced Optics“ bei der SCHOTT AG und beschäftigt sich in seinem beruflichen Alltag unter anderem mit diesen Fragestellungen.
Link: <https://idw-online.de/de/news806242>

9) Kommt nach der Pandemie der Leerstand? ILS-IMPULSE zu sinkenden Einzelhandelsmieten

Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung gGmbH

Leerstehende Geschäfte, sinkende Passant*innenfrequenzen - die deutschen Innenstädte verändern sich. Diese krisenhafte Entwicklung hat sich durch die Corona-Pandemie und die stärkere Nutzung des Onlinehandels weiter beschleunigt. Die aktuelle Ausgabe ILS-IMPULSE „Kommt nach der Pandemie der Leerstand?“ von Dr. Kati Volgmann betrachtet vor diesem Hintergrund die Entwicklungen der Einzelhandelsmieten und diskutiert Mietpreisanpassungen und neue Mietmodelle als Möglichkeit gegen den innerstädtischen Leerstand.
Link: <https://idw-online.de/de/news806881>

10) 15 Jahre Elterngeld: Trotz vieler Erfolge tragen Mütter nach wie vor den Hauptanteil bei der Familienarbeit

Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB)

Die Einführung des Elterngeldes vor 15 Jahren markierte einen Paradigmenwechsel in der deutschen Familienpolitik. Als „Einkommensersatzleistung“ nach der Geburt eines Kindes sollte es einen Schonraum für junge Familien schaffen sowie eine stärkere Erwerbsbeteiligung von Frauen und eine partnerschaftliche Aufteilung der Kinderbetreuung ermöglichen. Seitdem hat sich die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in vielerlei Hinsicht verbessert. Eine neue

Studie des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (BiB) zeigt aber auch: Nicht alle Erfolge wirken über die Elternzeit von Müttern und Vätern hinaus.

Link: <https://idw-online.de/de/news806561>

11) CHECK Studienfinanzierung: Große Länderunterschiede beim BAföG

CHE Centrum für Hochschulentwicklung

Erste Schritte bei der Reform des BAföGs hat die Ampel-Koalition bereits unternommen, weitere sollen folgen. Der Anteil der BAföG-Empfänger*innen unter den Studierenden ist nun erstmals seit zehn Jahren wieder leicht gestiegen – was aber wesentlich an einer Corona-bedingten Verlängerung der Regelstudienzeit durch die Länder liegen dürfte. Als Instrument der Studienfinanzierung spielt das BAföG weiter eine untergeordnete Rolle, wie eine aktuelle CHE Auswertung zur Studienfinanzierung zeigt. Im Saarland, Hamburg, Thüringen und Baden-Württemberg nahm 2021 nicht einmal jede*r zehnte Studierende eine BAföG-Förderung in Anspruch.

Link: <https://idw-online.de/de/news806427>

12) Difu legt Handlungsempfehlungen für Monitoring der Integration in Kommunen vor

Deutsches Institut für Urbanistik

Integrationsmonitoring hilft Kommunen bei der Einschätzung, wie gut die Integration vor Ort gelingt und wo noch Maßnahmen fehlen, um Teilhabe zu stärken. Das Difu hat in einem Forschungsprojekt mit zehn Kommunen Handlungsempfehlungen entwickelt.

Link: <https://idw-online.de/de/news806272>

13) Anhaltend hohes Vertrauen in Wissenschaft und Forschung

Wissenschaft im Dialog gGmbH

Wissenschaftsbarometer 2022: „Klima und Energie“ aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger wichtigster Forschungsbereich für die Zukunft

Link: <https://idw-online.de/de/news805998>

14) Migrant*innen mit prekärem Aufenthaltsstatus: Wie Kommunen den Zugang zu sozialen Leistungen ermöglichen können

Hochschule Fulda

Migrant*innen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus haben aufgrund restriktiver nationaler Gesetze in vielen europäischen Ländern keinen oder nur stark eingeschränkten Zugang zu sozialen Leistungen. Kommunen entwickeln mitunter lokale Lösungsansätze, um diesen Teil ihrer Bevölkerung in die Grundversorgung einzubeziehen. Welche Strategien und innovativen

Praktiken sie einsetzen und vor welchen rechtlichen, politischen und praktischen Herausforderungen sie stehen, hat ein europäisches Verbundprojekt anhand von drei Fallstudien untersucht. Die Projektergebnisse stehen Kommunen in Form von Handlungsempfehlungen zur Verfügung.

Link: <https://idw-online.de/de/news806360>